

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FOCHOVA 62. TELEFON 53077.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. VERANTWÖRTLICHER REDAKTEUR: KARL KERN. PRAG.



16. Jahrgang

Freitag, 2. Oktober 1936

Nr. 229

Unter Freunden...

„V.B.“-Korrespondent aus Italien ausgewiesen

Der römische Korrespondent des „Völkischen Beobachters“ Rudolf von M a l h a n i s t, wie die „Fr. Presse“ erfährt, von den italienischen Behörden aufgefördert worden, Italien zu verlassen. Sein Aufenthalt und seine Tätigkeit in Italien sind nicht erwünscht. Die Nachricht von der Ausweisung dieses Korrespondenten hat in römischen Journalistenkreisen sehr große Ueberraschung hervorgerufen. Die italienischen Behörden haben den deutschen Journalisten zwar äußerst höflich zum Verlassen Italiens aufgefordert, doch hat die Tatsache selbst, daß ein nationalsozialistischer Korrespondent in Italien nicht erwünscht ist, selbstverständlich besondere Aufmerksamkeit erweckt.

Keine Zloty-Abwertung

Warschau. Im Zusammenhang mit den Besprechungen, die unter Vorsitz des Generalinspektors der Wehrmacht, Hrdz. Smigly über Währungs- und Finanzfragen stattfanden, meldet die Agentur „Prch“, es sei die Entscheidung gefallen, die bisherige Zloty-Parität aufrecht zu erhalten.

Auch der Dinar bleibt unverändert

Belgrad. Im Zusammenhang mit der Devaluation in den Staaten des ehemaligen Goldblocks erklärte der Gouverneur der Jugoslawischen Nationalbank Dr. Madzavlsky, daß, trotzdem es sich um ein großes Währungsereignis in der Welt handle, dieses keinen ungünstigen Einfluß auf den Dinar haben werde, wie auch die Devaluation des englischen Pfundes im Jahre 1931 keinen ungünstigen Einfluß ausgeübt habe. Es bestehe auch kein Anlaß, die jugoslawische Währungs- und Devisenpolitik zu ändern.

Ungarische Demonstration in Genf

Genf. Die Völkerbunderversammlung hat Donnerstag den Antrag zur Bildung einer dritten Kommission zwecks Prüfung der Abrüstungsfragen angenommen. Der ungarische Delegierte General Tanczos erklärte bei dieser Verhandlung, daß die ungarische Delegation an den Arbeiten dieser Abrüstungskommission nicht teilnehmen werde.

Das „Ballspiel“ um den Franc beendet

Senat und Kammer endlich einig

Paris. Die französische Kammer hat Donnerstag nach 18 Uhr die Währungsvorlage der Regierung in dritter Lesung mit 354 gegen 217 Stimmen angenommen. Sie nahm jedoch einige kleine Änderungen an der Vorlage vor, über welche dann der Senat in dritter Lesung zu beraten hatte.

Außerdem nahm die Kammer ohne Debatte per Akklamation alle Regierungsvorlagen an, welche der Finanzminister vorgelegt hat. Darunter befindet sich insbesondere eine Vorlage über die Rückzahlung des 18prozentigen Abzuges an die ehemaligen französischen Frontkämpfer des Weltkrieges, eine Hilfeleistung für die Meinentner und die Zuerkennung gewisser Vorteile für die Zeichner der letzten französischen inneren Anleihe.

Der Senat beendete um 21 Uhr in dritter Lesung die Debatte über die Währungsvorlage der Regierung. Er nahm jedoch im Text der Vorlage neuerlich eine Änderung an dem von der Kammer verabschiedeten Wortlaut vor, so daß also die Devaliationsvorlage der Regierung nach der Abstimmung in der dritten Lesung vom Senate neuerlich an die Kammer zur vierten Beratung gehen wird. Man hofft, daß dies schon die letzte Verabschiedung sein wird und daß die Kammer der von dem Senate vorgeschlagenen neuen Änderung zustimmen wird. Der Senat schlägt in der besagten Änderung vor, daß sämtliche Vorsterminoperationen in der Zeit vom 1. bis 26. September d. J., die in der Mehrzahl Spekulationen auf einen Rückgang des

Die Untaten der Rebellen

Madrid appelliert an das Weltgewissen

Viele Tausende Spanier von den Mauren ermordet!

Madrid. Die amtliche Nachrichtenstelle Fabra veröffentlichte folgende Meldung:

Die Madrider Advokatenkammer hat an die Advokaten, die Juristen und an die gesamte öffentliche Meinung der Welt ein umfangreiches Manifest erlassen, in welchem sie über die Verbrechen und Gewalttaten der Aufständischen im besetzten Gebiete berichtet werden. In dem Manifest werden die einzelnen Gewalttate detailliert aufgezählt und beispielsweise angeführt:

Die Aufständischen morden systematisch alle Arbeiter, bei denen sie Syndikatslegitimationen vorfinden. In Badajoz schossen die Aufständischen aus Maschinengewehren in den Arenen auf 1500 Gefangene, die in den Arenen in ihrem Blute tot liegen blieben. In Sevilla wurden 2000 Arbeiter und Bauern erschossen. Die Mauren und die Soldaten der Fremdenlegion waren in die Häuser Granadas und mordeten so zahlreiche Frauen und Kinder hin. Der aufständische General Queipo de Llano rühmte sich im Rundfunk selbst dieser Taten und forderte die Aufständischen zu neuen Gewalttätigkeiten auf. Zahlreiche Dörfer in Andalusien und Estremadura, wurden, obwohl sie nicht militärisch besetzt waren, von den Flug-

zeugen der Aufständischen bombardiert, wodurch viele Frauen und Kinder abgeschlachtet wurden. Die Aufständischen schossen sämtliche Abgeordneten der Linken und andere hervorragende Persönlichkeiten, die ihnen in die Hände fielen, nieder.

In dem Dorfe Carpio in der Provinz Cordoba, die inzwischen bereits von den Regierungstruppen eingenommen wurden, haben die Aufständischen die gefangenen Arbeiter auf den Friedhof geführt, wo sie sie zwingen als ihr gemeinsames Grab eine Grube auszuheben, worauf sie ihnen scheinbar zwei Stunden zum Abschied von ihren Angehörigen gewährten, um sie dann beim Eintreffen der Frauen und Kinder niederzuschießen. In dem Dorfe Caspe bei Saragossa haben die Aufständischen den Bürgermeister, dessen Mutter, Schwester und sein vierjähriges Kind ermordet. In diesem Dorfe benutzten die Aufständischen Frauen und Kinder als Barrikaden. In Granada ermordeten die Aufständischen den Dichter Garcia Lorca, die bedeutsamste Persönlichkeit in den Reihen des literarischen Nachwuchses Spaniens. Maurische Banden plündern und morden überall, wohin sie gelangen.

In dem Manifest wird das Weltgewissen angerufen, ein solches Treiben der Aufständischen zu bestrafen.

Die Cortes für Caballero

Entscheidungslose Kämpfe an allen Fronten

Paris. (Tsch. P.-B.) In Madrid sind Donnerstag vormittags um 10 Uhr die Cortes zusammengetreten und haben dem Vorsitzenden der Madrider Regierung Largo Caballero einmütig das Vertrauen ausgesprochen. Die Kammer erteilte gleichzeitig der Regierung Caballero'sollmachi zu weiteren Maßnahmen. Durch Akklamation nahmen dann die Abgeordneten einmütig das basische Unabhängigkeitsstatut und das Finanzgesetz für das Jahr 1937 an. Hierauf vertagte sich die Kammer bis 1. Dezember. An der Tagung nahmen etwa 100 Abgeordnete teil.

Außer den Mitgliedern der Regierungsmehrheit, d. i. der republikanischen Linken, der republikanischen Vereinigung, der katalanischen Linken, der Sozialisten, der Kommunisten und der nationalen basischen Katholiken nahmen an der Sitzung nur zwei Abgeordnete der Mitten teil.

Madrid. Nach Meldungen des Kriegsministeriums haben Regierungsabteilungen an der aragonischen Front im Abschnitt von Barbastro einen Sieg errungen. Die Aufständischen, die mehrmals angriffen, sind abgewehrt worden. In der Zentrumsfront haben Regierungsabteilungen die Aufständischen zum Stehen gebracht und ihnen schwere Verluste beigebracht.

La Corona. Der Radiosender der Aufständischen meldet, daß die Stadt Bilbao erneut bombardiert worden ist. Gegen die Geiseln wurden keine Vergeltungsmaßnahmen getroffen.

Weiter meldet der Rundfunk auf Grund der amtlichen Berichte des Hauptquartiers der Aufständischen, daß die Südarmerie in der Provinz Jaen die Städte Alcala und Lareal besetzt habe. Die Zentrumsarmee, die vom General Mola geführt wird, hat Regierungsabteilungen im Abschnitt von Avila abgewehrt und ihnen schwere Verluste beigebracht. An der Toledo-Front besetzten die Aufständischen die Dörfer Villaluenga und Alledas.

Barcelona. (Neuter.) Nach einer heftigen Beschießung durch Regierungsgeschütze haben die Regierungstruppen durch einen Angriff die Positionen der Aufständischen im Engpaß Quinto und auf den Höhen der Umgebung des Berges Aragon genommen. Sie nahmen 415 Mann gefangen, darunter 80 Zivilisten. Die Beschießung der Stadt Guesca wird fortgesetzt.

Ein neuer Alcazar?

St. Jean de Luz. (Gavas.) Meldungen aus glaubwürdiger Quelle zufolge haben sich 50 Regierungssoldaten im Seminar in Toledo verbarricadiert, wo sie bereits vier Tage lang den Aufständischen Widerstand leisten. Ihre Lage ist verzweifelt. Man glaubt, daß sich unter ihnen auch Frauen und Kinder befinden. Der Oberbefehlshaber der Truppen der Aufständischen würde gerne die Übergabe dieser Soldaten erziehen, ohne das Seminar bombardieren zu müssen.

Unter den Mauern von Madrid

Vor der Entscheidungsschlacht um Spanien

Die Einnahme von Toledo hat der Armee der Rebellen, die von Nordwesten her, über die Pässe der Guadarrama seit Monaten vergeblich an die Hauptstadt oder auch nur an die Wasserleitung der Millionenstadt heranzukommen sucht, eine neue Straße geöffnet. Seit die alte Tajo-Sperre in den Händen der Fremdenlegionäre und Mauren ist, muß sich die Regierung auf eine Schlacht unter den — jetzt erst in Eile aufzurichtenden — „Wällen“ von Madrid gefaßt machen. Daß sie trotzdem und obwohl der Feind auf 35 bis 40 Kilometer herangekommen ist, die Residenz nicht verläßt, daß sie, beinahe im Feuerbereich von Francos Kanonen, die Cortes tagen ließ und ruhig die Mobilisierung m a h n a h m e n f o r t s e t z t, beweist nicht nur ihren Mut, sondern auch die ruhige Kraft, mit der sie den Kampf weiterführt, von dem die Rebellen seit Wochen behaupten, er sei für die Demokratie bereits verloren.

Die Regierung hat wahrscheinlich gut daran getan, Toledo preiszugeben und gegen die von Südwesten anrückenden drei Kolonnen der Rebellen keine neue Operation einzuleiten. Mit der Flanke an das Gebirge gelehnt, das selbst unter schweren Kämpfen behauptet wird, in dem die Front aber eines Tages wanken könnte, wäre eine Feldschlacht für die Regierungstruppen nicht leicht zu schlagen gewesen. Auch fehlten zur Einleitung einer Operation die rasch verfügbaren Reserven und endlich haben die Milizen bisher gerade in dieser Art Kämpfe am schlechtesten abgeköpft. In der Verteidigung aber waren sie stark und es steht schon aus psychologischen Erwägungen zu erwarten, daß sie in der Verteidigung der Hauptstadt stärker sein werden als jemals zuvor. Die Truppen, die Toledo genommen haben, werden den Angriff auf die Millionenstadt Madrid, deren Vorstädte und Vorländer zur Anlage von Feldbefestigungen und Barrikaden, Straßenperren und Maschinengewehrnestern Gelegenheit bieten, kaum ernsthaft wagen können. Franco wird neue Reserven einsetzen müssen. Nun soll er in den letzten Tagen aus Marokko weitere Truppen herangeführt haben, aber es fragt sich, ob er sie nicht vor Malaga braucht. Setzt er sie gegen Madrid ein, so wird immerhin einige Zeit vergehen, bevor sie herangebracht und entwickelt sind, bevor auf den unzulänglichen Nachschublinien ihre Versorgung sichergestellt ist. In dieser Zeit kann die Regierung, die ja jetzt eine Mobilisation aller geeigneten Mannschaften mit großer Energie betreibt, ihrerseits wohl soviel Truppen aufbieten, daß Madrid sich gegen Südwesten verteidigen läßt und daß zugleich die Verbindung nach Barcelona gesichert wird. Leider muß damit gerechnet werden, daß die Verbindung nach Valencia (Südosten) verloren geht. Gelingt es den Rebellen, die Hauptstadt wirklich einzuschließen, wozu allerdings eine sehr große Truppenmacht gehörte, dann stünden die Dinge freilich wesentlich ungünstiger. Damit ist aber fürs erste nicht zu rechnen.

Das Ziel der Regierung wird es sein müssen, die Rebellen an der Belagerung von Madrid sich verbluten zu lassen und unterdessen in dem noch freien Hinterland Kräfte zu einem entscheidenden Rückstoß zu sammeln. Ausgeschlossen ist jedoch ein Rückstoß keineswegs, so sehr auch zu bedenken bleibt, daß die Reserven der Regierung zum großen Teil aus dem nicht ganz verlässlichen Katalanien und von den noch weniger verlässlichen Anarchisten in Katalanien geholt werden müssen. Militärisch gesehen ist es aber durchaus möglich, daß die Defensivlinie unter den Mauern von Madrid zu einer Zermürbung u n g d e r R e b e l l e n führt, deren Truppen ja demoralisiert werden, sobald ein Stellungskrieg einsetzt und deren Basis Marokko vom Aufstand bedroht ist. Ein zielbewußter Führer hätte dann hinter der Front von Madrid die Reserve zum Gegenstoß zu bilden und im geeigneten Augenblick einzusetzen. So könnte sie wohl das „blühende Vergeltungsschwert“ werden, das nach Clausewitz der defensiv kämpfende bereithalten muß, um den Sieg an sich zu reißen.

Wie bisher wird aber auch in dieser neuen Phase des Bürgerkrieges das politische

W o m e n t eine Rolle spielen. Die Rebellen, die das so gut wissen wie die Regierung, haben General Franco die Diktatur übertragen, weil sie anscheinend ihre Parteigenossen nicht bändigen wollen. Es wird darauf ankommen, daß auch im Regierungslager der unheilvolle Gegensatz zwischen Anarchisten und Sozialisten soweit überbrückt wird, als die Einheit der Operationen und Entschlüsse es fordert. Sehr wichtig für die Regierung wäre es auch, daß sie durch die Disziplinierung der Anarchisten ihre moralische Position gegenüber dem Ausland

stärkt. Wie die scharfe Kundgebung des Erzbischofs von York gegen die Rebellen beweist, ist auf diesem Gebiet keineswegs alles verloren. Auch in Genf, wo Madrid eben eine Beschwerde gegen die Unterstützung der Rebellen von portugiesischer, italienischer und hitleerischer Seite eingebracht hat, steht es für Spanien nicht ungünstig. Eine Regierung, deren Autorität ihrem nicht zu bezweifelnden Mut, deren Entschlossenheit ihrem Kampfwillen gleichen wird, kann Spanien auch heute noch vor der Ueberwindung durch Mauren, Fremdenlegionäre und ausländische Faschisten retten!

leidigen". Dort allerdings, wo, wie gesagt wird, die Arbeiter „in die Rolle einer bloßen Staffage gedrängt“ sind, werden die Kommunisten eine Beteiligung an den Feiern des 28. Oktober ablehnen. Außerdem beabsichtigen die Kommunisten noch des 14. Oktober 1918 als des Tages der sozialistischen Demonstrationen in den historischen Ländern und des 7. November, als des Jahrestages der russischen Revolution von 1917 zu gedenken.

Die Kommunisten sind also wieder einmal — diese Erkenntnis wurde durch die Abwesenheit Gottwalds gestärkt — darauf gekommen, daß die Demokratie ein hohes Gut ist, welches verteidigt werden muß — eine Wahrheit, für deren Bekundung wir noch vor nicht zu langer Zeit Sozialfaschisten genannt wurden. Aber die Verlautbarung des Willens, den demokratischen Staat zu schützen, genügt nicht. Es ist zu wenig, den Mund zu spülen, es muß auch gepiffen werden. Wollen die Kommunisten Seite an Seite mit den Demokraten und Sozialisten dieses Landes die demokratische Verfassung und die Unabhängigkeit des Staates verteidigen, dann müssen sie die Sozialisten dort unterstützen, wo es notwendig ist und mit ihnen auf eine politische Linie gelangen. So lange sie nicht durch eine entschlossene Tat beweisen, daß sie gewillt sind, aus ihrer Erkenntnis praktische Schlüsse zu ziehen, d. h. im Parlament und außerhalb desselben positiv mitzuarbeiten an dem Schutz der sozialen Lebensinteressen der arbeitenden Schichten, bleiben alle Aufrufe und Briefe, mit denen sie die Öffentlichkeit und die sozialistischen Parteien bombardieren, Lippenbekanntnisse. Dazu kommt, daß man nie weiß, welche Politik die Kommunisten machen wollen. Wir haben ihre Wandlungen so oft mitgemacht, daß wir ihren jeweiligen Standpunkt nicht ernst nehmen können. Wenn Gottwald zurückkommen wird, dann wird er in dem Briefe, den die KPC unserer Redaktion geschickt hat, so viel Abweichungen von der Linie finden, daß den Verfassern grün und blau vor Augen werden wird. So lange die Kommunisten eine so fahrig, sprunghafte und demagogische Politik machen, so lange sie im Staate und im Parlament nicht positiv mitarbeiten wollen, ist eine Gemeindefahrt mit ihnen nicht möglich. Die sozialistische Politik in diesem Lande kann sich mit Demonstrationen und Resolutionen nicht begnügen, sie war, ist und wird bleiben eine Politik positiver Arbeit, eine Politik der Tat.



Devaluation:

Alles rennet, rettet, flüchtet...

Die Kommunisten sind also wieder einmal — diese Erkenntnis wurde durch die Abwesenheit Gottwalds gestärkt — darauf gekommen, daß die Demokratie ein hohes Gut ist, welches verteidigt werden muß — eine Wahrheit, für deren Bekundung wir noch vor nicht zu langer Zeit Sozialfaschisten genannt wurden. Aber die Verlautbarung des Willens, den demokratischen Staat zu schützen, genügt nicht. Es ist zu wenig, den Mund zu spülen, es muß auch gepiffen werden. Wollen die Kommunisten Seite an Seite mit den Demokraten und Sozialisten dieses Landes die demokratische Verfassung und die Unabhängigkeit des Staates verteidigen, dann müssen sie die Sozialisten dort unterstützen, wo es notwendig ist und mit ihnen auf eine politische Linie gelangen. So lange sie nicht durch eine entschlossene Tat beweisen, daß sie gewillt sind, aus ihrer Erkenntnis praktische Schlüsse zu ziehen, d. h. im Parlament und außerhalb desselben positiv mitzuarbeiten an dem Schutz der sozialen Lebensinteressen der arbeitenden Schichten, bleiben alle Aufrufe und Briefe, mit denen sie die Öffentlichkeit und die sozialistischen Parteien bombardieren, Lippenbekanntnisse. Dazu kommt, daß man nie weiß, welche Politik die Kommunisten machen wollen. Wir haben ihre Wandlungen so oft mitgemacht, daß wir ihren jeweiligen Standpunkt nicht ernst nehmen können. Wenn Gottwald zurückkommen wird, dann wird er in dem Briefe, den die KPC unserer Redaktion geschickt hat, so viel Abweichungen von der Linie finden, daß den Verfassern grün und blau vor Augen werden wird. So lange die Kommunisten eine so fahrig, sprunghafte und demagogische Politik machen, so lange sie im Staate und im Parlament nicht positiv mitarbeiten wollen, ist eine Gemeindefahrt mit ihnen nicht möglich. Die sozialistische Politik in diesem Lande kann sich mit Demonstrationen und Resolutionen nicht begnügen, sie war, ist und wird bleiben eine Politik positiver Arbeit, eine Politik der Tat.

Schließlich erklärt das Blatt: „Sofern wir von der Revision in der Außenpolitik sprechen, handelt es sich vor allem um die Revision der Methoden.“ Wie man sieht, hat also das Zentralorgan der tschechischen Agrarier abermals einen Rückzug angetreten, wie dies in der letzten Zeit öfters geschehen ist. Daß die Leitung des Blattes besonders klug ist und daß die Schreibweise des „Vensov“ dazu beiträgt, die Autorität der größten Regierungspartei zu stärken — das wird wohl niemand behaupten.

Rückzug der Agrarier

Wir haben am Mittwoch darüber berichtet, daß der Generalsekretär der tschechischen Agrarpartei Abgeordneter Ing. Jilka eine Rede gehalten hat, in der er die Revision unserer Außenpolitik verlangte. Die „Ridové Roviny“, das „Právo Lidu“ und auch wir haben an dem Genannten die Anfrage gerichtet, worin denn eigentlich diese Revision bestünde und ob etwa die Tschechoslowakei die Verträge mit ihren Verbündeten kündigen solle. Die Verlegenheit der Agrarier, die durch diese Fragestellung entlassen ist, wurde noch dadurch gesteigert, daß der bekannte Außenpolitiker P e r t i n a x im „Echo de Paris“ geschrieben hat, die tschechischen Agrarier seien gegen die Zusammenarbeit mit Frankreich und Genf und wollen mit Hitler verhandeln. Darauf antwortet nun der „Vensov“:

Die Republikanische Partei hat niemals und in nichts die Zusammenarbeit mit der Kleinen Entente und Frankreich aufgegeben. Sie hat auf dieser Zusammenarbeit gebaut und ihr Bestreben ist im Gegenteil dahin gerichtet, unter der Führung

natürlich auch die Frage der Verzinsung und Amortisierung dieses Betrages zu lösen.

In der Debatte wurde u. a. auch darüber Klage geführt, daß Straßenbauten nur in einem sehr schleppenden Tempo erledigt werden. Oft verfließen drei Jahre von der Ueberreichung des Gesuches bis zum Beginn des Baues. Der Ausschuß faßte seine Wünsche in einer Resolution zusammen, in der die Regierung u. a. aufgefordert wird, dem Arbeitsministerium sowie den Bezirken und Gemeinden durch eine eigene Aktion umfangreiche Straßenregulierungen zu ermöglichen und unverzüglich Verhandlungen zur Vermehrung der Mittel für Straßenbauten einzuleiten. Der Ausschuß empfiehlt der besonderen Aufmerksamkeit der Regierung die eingangs erwähnte Denkschrift der Steinbrucharbeiter. Bei allen Straßenarbeiten sollen nur Firmen berücksichtigt werden, welche die unter der Aufsicht der Behörden abgeschlossenen Kollektivverträge genau einhalten.

Die Kommunisten und der 28. Oktober

Seit ungefähr einem Jahre weist die Politik der hierländischen Kommunisten eine Nervosität und Unstetigkeit auf, die der Verweis dafür ist, daß Moskaus tschekoslowakische Filiale völlig führerlos dasteht. Im Dezember, da um die Präsidentschaft der Republik gekämpft wurde, schien es, als ob die KPC einen ersten Schritt zu einer realen Politik machen und so zu einer Stärkung der Linken beitragen würde. Wenige Wochen später kam G o t t w a l d aus Moskau zurück und kündigte jene ab, welche für die positive Teilabstimmung der Kommunisten beim Budget und für ihre Politik im Dezember 1935 verantwortlich waren. Die KPC wandte sich wieder jener Demagogie zu, in der sich ihre Führer fröhlich tummeln und wohl fühlen und wobei sie sich damit vergnügen, auf die Sozialdemokratie, welche im härtesten Kampf um die sozialen Rechte der Arbeiter steht, Steine zu werfen.

Nun ist Gottwald wieder nach Moskau gefahren und seine mehrmals bestrafte Schüler versuchen neuerlich den Kurs auf demokratische Fahrwasser zu nehmen. Das Politbüro der KPC hat am 20. September eine Sitzung abgehalten, in der beschloffen wurde, daß sich die Organisationen der Partei an den Manifestationen des 28. Oktober 1936 beteiligen. Dadurch soll, wie es in der bezüglichen Verlautbarung heißt, der Wille zum Ausdruck kommen, „in der Republik die demokratischen Rechte und Freiheiten zu ver-

stärken. Wie die scharfe Kundgebung des Erzbischofs von York gegen die Rebellen beweist, ist auf diesem Gebiet keineswegs alles verloren. Auch in Genf, wo Madrid eben eine Beschwerde gegen die Unterstützung der Rebellen von portugiesischer, italienischer und hitleerischer Seite eingebracht hat, steht es für Spanien nicht ungünstig. Eine Regierung, deren Autorität ihrem nicht zu bezweifelnden Mut, deren Entschlossenheit ihrem Kampfwillen gleichen wird, kann Spanien auch heute noch vor der Ueberwindung durch Mauren, Fremdenlegionäre und ausländische Faschisten retten!

Die Depulierten machten übrigens gar keine Schwierigkeiten; einige hatte Martinez an seiner Option beteiligt, andere ließen sich gern durch Staatsstellungen mit dem Umsturz verbinden, manche waren auch bloß verängstigt; aber es gab auch solche, die sofort nach der Revolution die Stadt verlassen hatten. Immerhin genügt die vorhandene, um die Wahl des neuen Präsidenten zu legalisieren.

Das hinderte nicht, daß die Anerkennung sich trotzdem von einem Tag zum andern verlagerte.

Die Bewohner Salvadolids sah man kaum. Die Straßen lagen ziemlich öde da, viele Geschäfte hielten ihre Schaufenster geschlossen, denn es gab noch die zweihundert Parteigänger des Präsidenten Bonamaria, die keine Lust zeigten, sich wieder abschießen zu lassen. Sie vertrannten ihren Tagelohn zum Teil in der Schenke Jederalas Openhats, die ihre Plünderungsschäden noch immer mit patriotischem Stolz zur Schau trug, und nachher randalierten sie in den Straßen. Es verging kaum eine Nacht, ohne daß die Marinesoldaten einschreiten mußten.

Das Theater hatte geschlossen, die Truppe war bereits am nächsten Tag abgereist. Der Direktor Caldari ließ es teilnahmslos geschehen, daß sein Ensemble sich zerstreute. Was lag ihm daran? Er irrte durch die Straßen und fragte alle Leute, die er kannte, nach Fulvia. Der Inspektor Agostin hatte viel zu tun, um ihn immer wieder einzufangen und nach Hause zu bringen.

„Sie wird schon wiederkommen“, tröstete er seinen Chef, denn in seinem Innern kämpften zwei Seelen. Es war stolz und glücklich gewesen, seiner Götin Vertrauter zu sein, aber er hing doch auch an seinem Direktor und konnte nicht

mitansehen, wie der immer mehr verfiel. Er redete zu ihm, er versuchte ihn durch die Erinnerung an die großartigen Wende in Florenz und Buenos Aires, in Monte Carlo und Rio de Janeiro zu beleben. Caldari lächelte nur schmerzhaft und schüttelte den Kopf; er hatte ein Bild Fulvias vor sich. Fulvia als Köchin!

„Wenn sie nur wenigstens in Sicherheit ist! Mehr will ich nicht“, sagte er. Darüber beruhigte ihn Agostin; aber Caldari glaubte dem Inspektor nicht recht, denn der durfte ja nicht die Wahrheit sagen, und so lang sein Trost recht allgemein und unsicher. Caldari war schon mehrmals bis ins Vorzimmer des Präsidenten vorgebrungen; vielleicht würde er etwas.

Doch der wußte ebensov wenig; obgleich er alle Mittel aufwandte, seine ganze Nacht, eine Armee von Aufpassern dazu benützte, um Fulvia zu finden. Im Regierungsgebäude war sie bereits am Morgen der Verhaftung des Rodriguez nicht gewesen. War sie abgereist? Mit wem? Martinez war es nicht; der fuhr noch immer sein schönes Automobil durch die Stadt. Und suchte gewiß auch nach Fulvia. Das war ein schwacher Trost für Bonamaria. Jeden Tag, wenn er ihn sah, versuchte er in den Mienen des andern zu lesen, ob der erfolgreicher gewesen war, als er selbst.

Er litt furchtbar darunter. Fulvia — das wäre für ihn die sichtbare Krönung seines Sieges gewesen. Das bedeutete soviel wie die Anerkennung durch Amerika. Mehr noch, denn es war jener große persönliche Erfolg, nach dem er lechzte, und der sich nicht durch Einkerkern häßlicher Hafnarbeiter ergötzen ließ, die manchmal ein kleines Spottlied sangen, das man sehr schnell auf ihn verfaßt hatte. Schließlich war sie es ja, um deren Willen er sich vor allem in dieses Abenteuer gestürzt hatte. Was nützte majestätischer Gang, Herrscherbild und jene laute Brutalität, die er, wie alle unsicheren Menschen, für Energie hielt?

Und die Staatsmaschine, die er in großartiger Ordnung an sich gerissen hatte, funktionierte

auf einmal auch nicht recht. Er hatte an Stelle des kleinen Verwaltungsapparates, mit dem Rodriguez die Geschäfte der Regierung besorgte, eine ganze Reihe neuer Staatsämter ins Leben gerufen. Staatssekretäre, Untersekretäre, Gehilfen der Untersekretäre, die Staatskasse war ja gut gefüllt, und man brauchte Anhänger. Aber wenn er im Staatsrat auf und ab ging, fühlte er dunkel, wie die Präsidentenwürde um seine magere Persönlichkeit flatterte. Und er drehte sich manchmal plötzlich um, weil er ein heimliches Lachen hinter sich fürchtete.

Ein Mann mußte wissen, wo Fulvia war: Rodriguez. Rodriguez war überhaupt der Punkt, um den Bonamarias Gedanken ununterbrochen kreisten. Solange Rodriguez lebte, gab es keinen endgültigen Sieg. Bonamaria haßte ihn täglich wütenber. Er konnte ihm nicht vergehen. Vor allem nicht Fulvias Liebe. Aber auch nicht, daß jener gleichmütig und mit der selbstverständlichen Würde, die Bonamaria nie erreichen konnte, ins Gefängnis ging, während sein Vetter sich auf dem Präsidentenstuhl in Angst und Unsicherheit bezehrte. Rodriguez mußte fort. Im Gulen oder im Schlimmen. Solange der lebte, war alles möglich. Die Stimmung in der Stadt war ihm gleichgültig, die Marinesoldaten sorgten schon für Ruhe, aber auf dem Lande schien die Bevölkerung durchaus nicht geneigt, sich dem Umsturz zu fügen. Man meidete schon aus manchen Gegenden Anruhen. Und Rodriguez war selbst im Gefängnis ein gefährlicher Nebenbuhler. Das Volk hing doch mehr an ihm, als Bonamaria geglaubt hatte. Ja, es mußte etwas geschehen, etwas Entscheidendes, Bonamaria schob den Unterliefer vor, und sein Schnurrbart sträubte sich. Er wußte wohl, was geschehen mußte, aber bisher hatte er dazu den Mut nicht aufgebracht. Das war doch noch etwas anderes, als mit Kriegsgerichten gegen armfüßige ungeschulte Menschen zu wüten.

(Fortsetzung folgt.)

Tommy Barbox macht Revolution

Roman von Fritz Bondy

Das waren die sehr soliden Grundlagen der Präsidentschaft Bonamarias. Der frühere Abokat hatte die wenigen Tage seiner Regierung benützt, um sich zu einem ganz ansehnlichen Tyrannen zu entwickeln. Während er früher nichts Besseres wußte, als den Prozeß wegen Soratio Galeanas Bindhund zu Jahren kommen zu lassen, machte er jetzt wesentlich kürzere Prozesse. Alles, was er billigerweise verlangen konnte, hatte er erreicht. Man konnte ja nicht behaupten, daß das Volk ihm spontan allerorten jubelte, aber das hatte er kaum erwartet. Im Gegenteil, er sah nur Feinde um sich, er spürte überall heimliche Widerstände; doch er rächte sich mit einer Vohheit, der man den Scharfzinn nicht absprechen konnte. Er rächte sich für seine subalterne Vergangenheit und auch für die Demütigungen, die ihm nicht einmal jetzt erspart blieben.

Da erschien ihm zum Beispiel jeden Morgen der Konsul Ritchie oder schickte auch bloß einen seiner Leute mit den Wünschen seiner Regierung, die durchaus nicht schüchtern auftrat. Bonamaria flüchte unhörbar, aber er konnte nichts anderes tun, als ein höfliches Grüinsen aufsetzen und gehorchen. Das lästeten nachher ein paar arme Teufel, die er grundlos einipieren ließ. Die Depulierten hatten nicht gerade viel Mut gezeigt, und das sah Bonamaria als einen Sieg seiner unbezwinglichen Persönlichkeit an. Er konnte sie nicht, wie er es gewöhnlich hätte, sämtlich an die als Requisit eines geordneten Staatswesens so unentbehrliche Mauer stellen, diese Salunten, die gelacht hatten, als Misio de Agara ihm einen Handschuh nannte, denn der Konsul Ritchie verlangte, daß Bonamaria von der Depulierten-

Judetendendeutscher Zeitspiegel

Kommunistische Vernebelungsversuche Kreblch braut eine Dolchstoß-Legende

Karl Kreblich, der seinerzeit Trozki über Lenin stellte, befürchtet offenbar, daß seine Lage in der KPÖ gefährdet ist. Er sucht nun ein Alibi durch neue Attacken auf die Sozialdemokratie zu erheben. Wir würden dieser Form eines verzweifelten politischen Existenzkampfes weiter keine Beachtung schenken, wenn sich Kreblich nicht gerade die spanischen Ereignisse zum Gegenstand seiner literarischen Fleißaufgabe gewählt hätte. In der „Roten Fahne“ vom 1. Oktober versucht er im Hinblick auf die kritische Lage in Spanien schon auf Vorrat eine parteipolitische Schuldfrage zu konstruieren. Darauf wollen wir ihm — soweit uns nicht ernste Rücksichten auf die heldenhafte kämpfenden spanischen Genossen eine Schweigepflicht auferlegen — mit aller Deutlichkeit antworten.

Kreblich findet, daß die Sozialdemokratie nicht weniger für das republikanische Spanien tun könnte, als sie tut. Er liest zu wenig von unseren Sammlungen. Hier fange das „Beschämende“, je vom Gesichtspunkt der internationalen Solidarität, der „Standal“ an. Man hätte das Verbot der Sammlungen, die Beschämung von Geldern usw. schweigend hingenommen. — Unsere Vertrauensmänner könnten bestätigen, daß diese Vorwürfe unbegründet sind, vor dazu ein Alibi hatte, fand, ohne in einen Staatskonflikt mit dem Innenministerium zu geraten, genügend legale Möglichkeiten, auf finanziellen Gebieten seine Solidarität zu bekunden. Keiner Organisation war es verboten, die erforderlichen Beschüsse zu fassen. Sollten sich diesmal die kommunistischen Kaffiere ihre hellen Köpfe gar nicht zerbrochen haben?

Kreblich unterläßt es nicht, dem sozialdemokratischen „Standal“ die „großzügige Solidaritätsaktion der Werkstätten der Sowjetunion“ entgegenzusetzen. Wir wissen ganz gut, daß die Sowjet-Kommunisten einer nach Waffen rufenden Regierung, die über 20 Milliarden Goldpesetas verfügte, einige Millionen — Rubel zugesandt haben.

Sonst hat Sowjetrußland die gleiche Neutralität eingehalten, wie Frankreich. Dabei weiß Kreblich ganz gut, daß seine Parteigenossen in dem russischen 170-Millionen-Reich unbeschränkt herrschen, während Blum mit einer starken Rechtsopposition und sogar mit dem Widerstand einer Regierungspartei zu rechnen hatte. Man könnte Blum höchstens vorwerfen, daß er aus diesem Anlaß nicht zurückgetreten ist und damit das Volksfront-Regime zu Fall gebracht hat. Das wollten aber die französischen Kommunisten selber nicht. Sie haben Blum ihr Vertrauen nicht entzogen.

Kreblich verfällt wieder in die unbelümmerte Tonart seiner besten Spaltungstage, wenn er, ohne sich solcher Niedertracht zu schämen, schreibt: „Den sozialdemokratischen Arbeitern wird von ihren Führern zugemutet, ihre spanischen Klassenbrüder und Parteigenossen, die von den falschlischen Bestien ganz Europas angefallen werden, schamlos in Stich zu lassen — grenzt das nicht an Verrat vor dem Feinde.“

Was meint er mit solchem Geschwätz? Solten die sozialistischen Arbeiter uneres von Distrikturen eingekreisten Landes mehr tun, als die 20 Millionen Gewerkschafter der Sowjetunion? Ist Stalins Verhalten nach der Auffassung Kreblichs „Verrat vor dem Feinde“?

Die einzige kommunistische Tat, auf die sich Kreblich beruft, besteht darin, daß seine Partei eine Intellektuellen-Delegation nach Spanien schickte, die sodann in Prag eine Versammlung abhielt. Es ist nicht leicht, bei der Verantwortung dieser Praxis die gebotene Rücksicht auf die Sache zu nehmen.

Daß führende Männer der SPK und des IOB mehrfach in Spanien waren, ist bekannt. Daß sie sich nach ihrer Rückkehr nicht mit einer Versammlungsrede begnügten, geben wir gerne zu. Die beiden sozialistischen Internationalen haben mehrfach getagt, um alle vorhandenen Möglichkeiten der Solidarität für die spanischen Kampfer

Was geht da vor?

Die Henleinpartei hat für Freitag abends Versammlungen einberufen, in die sie die Arbeitslosen einberufen. Es ist kaum anzunehmen, daß den Arbeitslosen ein Bericht über die Erfolge der SPK im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit wird gegeben werden, denn solche Erfolge sind nicht vorhanden. Auch kann man nicht gut glauben, daß die Arbeitslosen zu einer Aktion aufgerufen werden sollen, die etwa der Verwirklichung des SPK-Programms: „Arbeit für 300.000“ gelten soll: Nach diesem Programm trägt nicht einmal in der Hauptleitung der SPK noch ein Mann.

In Wirklichkeit handelt es sich bei den heute abends einberufenen Versammlungen nach unseren Berichten um einen Versuch, eine „spontane“ Aktion der Arbeitslosen zustandebringen. D. h., die Arbeitslosen sollen wieder einmal getäuscht und gegen die Wahrnehmung ihrer eigenen Interessen aufgepuscht werden. Wir wollen sehen, ob die „Spontanität“ der Versammlung überzeugend und wirkungsvoll genug sein wird.

Die Kommunisten haben Pech!

Vor einiger Zeit hat die „Rote Fahne“ den Brief von Sozialdemokraten und Beziehern der sozialdemokratischen Presse aus Mährisch-Schönberg veröffentlicht, in dem gegen die Stellungnahme unferer Presse zum Moskauer Urteil protestiert wird. Wir haben festgestellt, daß die meisten der Unterschriebenen gar nicht zu den Beziehern der sozialdemokratischen Presse gehören, daß eine Unterschrift gefälscht ist und daß die anderen Unterschriebenen nicht wußten, es gehe um eine Aktion der Kommunisten, die in der „Roten Fahne“ ausgeschrotet werden soll. Die Kommunisten haben also mit den Sozialdemokraten, die sie ihre Freunde nennen, nicht viel Glück.

nossen zu prüfen. Die bittere Wahrheit ist nun, daß zu den organisatorischen Mängeln, die den Abwehrkampf in Spanien selbst furchtbar erschweren, von außen zu wenig Hilfe geleistet werden konnte. Auch wenn es wahr wäre, daß von sozialdemokratischer Seite nur die Solidarität mit Worten befundet wurde, hätte Herr Kreblich noch immer aller Grund, zu schweigen.

Die III. Internationale hat zu der spanischen Tragödie überhaupt nicht das Wort ergriffen. Sie durfte den Neutralitätskurs der Regierung Stalin nicht einmal durch einen Aufruf stören.

Dafür hat die „Rote Hilfe“ nach Barcelona Kleider geschildert, auf denen schon der Sowjetstern aufgenäht war.

Kreblich meint, daß gemeinsame Aufmärsche und Einheitsaktionen in der Tschchoslowakei auf die Haltung der französischen Radikalen, auf die Beschüsse der Sowjetregierung und der konservativen Regierung Englands wohl entscheidenden Einfluß nehmen könnten. Wenn dem so wäre, würden wir Tag und Nacht marschieren. Aber Kreblich weiß selber, daß er mit solchen Argumenten die Arbeiter bewußt irreführt. Ihm geht es nicht um die Hilfe für Spanien, sondern um die Fabrikation einer neuen Haß-Legende gegen die Sozialdemokratie. Ein armseliges Gewerbe.

Sinkende Schülerzahlen in Olmütz. Die Schülerzahlen an den Volks- und Bürgerschulen der Stadt Olmütz sind auch im heurigen Jahre wieder gesunken. So werden die tschechischen Volksschulen von Groß-Olmütz im heurigen Schuljahre von 3742 Kindern besucht, was gegenüber dem Vorjahre einen Verlust von 62 Schülern bedeutet. An den deutschen Volksschulen sind 736 Schüler eingeschrieben worden, was ein Abgleiten um 39 Kinder gegenüber dem Vorjahre ergibt. An den tschechischen Bürgerschulen ist die Zahl um 16 gestiegen, so daß heuer insgesamt 2028 Schüler gezählt werden. Bezeichnend ist, daß an den deutschen Bürgerschulen kein Zuwachs, sondern ein Abgang von 14 Kindern festgestellt werden konnte. Derzeit werden diese Säulen von 588 Kindern besucht. Während die Volkszählung des Jahres 1930 für Groß-Olmütz noch mehr als 20 Prozent Deutsche ergab, beträgt der deutsche Anteil an den Schülerzahlen im heurigen Jahre nur mehr 10,43 Prozent.

„Aus der SPK“ weiß die „R. Morgenpost“ zu berichten: Der Schwerpunkt der Verhandlungen mit der „Opposition“ ist nach Groß-Hierseborf verlegt worden, wo sich alle maßgebenden Persönlichkeiten zusammengefunden haben.

ALPA
Franzbranntwein
regelt den Blutkreislauf und wirkt wohlig auf die Nerven

Arbeiterfürsorge-Lotterie

Eines der größten und bedeutendsten Hilfswerke des Verbandes Arbeiterfürsorge ist zweifelsohne das im Jahre 1933 für unsere gesamte Arbeiter- und Angestelltenbewegung ins Leben gerufene Jugend-erholungsheim Arbeiterfürsorge in Hirschberg am See. Das Heim dient in hervorragender Weise einer der Hauptaufgaben der Fürsorge: der gesundheitlichen Erziehung unserer Jugend, es ist der Stützpunkt der Erholungsfortbewegung der verschiedenen Arbeiterfürsorge; aber auch Krankenversicherungsanstalten, Gewerkschaftsgruppen, der sozialistische Jugendverband entsandten Kinder und Jugendlichen zur Erholung in das in jeder Beziehung musterhafte Fürsorgeheim. Bisher konnten 968 Kinder und weit über 1000 Jugendliche in Hirschberg Erholung finden, doch waren dies nur die Erholungsbedürftigsten, die Gefahr droht. Seit 1935 aber genügen die Plätze nicht mehr, obwohl bereits ein weiterer Bau in Hirschberg, mit 50 Betten, errichtet wurde und die mehrschlüssigen Bezirke infolge der weiten Entfernung und der damit zusammenhängenden hohen Fahrpreise nur eine kleine Zahl von Kindern und Jugendlichen entsenden konnten.

Große Sorge macht dem Verband Arbeiterfürsorge die Erhaltung dieses wunderschönen, hygienisch einwandfreien Erholungsheimes, die Realisierung des geplanten Baues eines ähnlichen Heimes in Wahren-Schlesien. Den Verband von dieser Sorge wenigstens teilweise zu befreien, ist Aufgabe der dritten Sachlotterie des Verbandes Arbeiterfürsorge.

Jeder Arbeiter, jeder Angestellte, alle können mithelfen, Arbeiterkindern, Jugendlichen, den dringend notwendigen Erholungsaufenthalt zu sichern, indem sie die dritte Sachlotterie des Verbandes Arbeiterfürsorge unterstützen!
Jeder kaufe Lose der Arbeiterfürsorge!



Lose sind zu haben bei den Vertrauensleuten der verschiedenen Organisationen.

Das einseitige Pressebureau. Ein Leser schreibt uns: Seit langer Zeit machen wir die Beobachtung, daß die Rundfunkmeldeung des Tschchoslowakischen Pressebureaus im Rahmen der deutschen Sendungen ängstlich alle Nachrichten vermeiden, die Erfolge für die Demokratie bedeuten. Da gab es Wahlen in Schweden und Dänemark, die für die europäische Demokratie doch nicht unbedeutend waren, doch der Nachrichtenbericht für den deutschen Hörer wußte um dreiviertel 7 Uhr abends davon nichts, obwohl in Prag die Mittagsblätter bereits die Nachricht gebracht hatten. Am vergangenen Dienstag sind keine Morgenblätter erschienen; um 10 Uhr vormittags gab es einige Nachrichten in der deutschen Relation, aber kein Wort von den bedeutsamen Wahlen in Lodz. Leider ist unser Pressebureau eifrig bemüht, nichts zu bringen, was auf der rechten Seite Mißfallen erregt. Da die GSK aber eine demokratische Politik im Innern und nach außen führt, möchte auch der Pressebureau im Rundfunk darauf Rücksicht nehmen.

Heinrich Mann und das Moskauer Urteil

Seine Sittlichkeit, sein Gerechtigkeitsgefühl, seine Geistesfreiheit haben Heinrich Mann zum entschloffenen antifaschistischen Kämpfer gemacht, seine Erkenntnis führte ihn in die Reihen der deutschen Revolutionäre. Der deutsche Revolutionär Heinrich Mann, den sein konsequentes Denken über bloße Feindschaft gegen die Hitler-Verhäre weit hinausgeführt hat zu sozialistischem Bewusstsein, will Dauer des Friedens, nicht nur aus Menschlichkeit, — auch deshalb, weil er der Überzeugung ist, der Friede sei Feind des Faschismus, Gefahr für ihn. In Sowjetrußland sieht er, mit vollem Rechte, eine der wichtigsten Friedensmächte der Zeit. Er sieht in Sowjetrußland noch mehr und anderes: sozialistischen Gegenpol Hitler-Deutschlands. Und von solchem Einflüssen, von solchem Gegenüberstellen, bei dem selbstverständlich Sowjetrußland als unendlich größer, überlegener erscheint, bis zu völlig kritischer Bewunderung, bis zu gläubigem Ja-Sagen zu jeder Erscheinung der sowjetrussischen Welt ist es nicht mehr sehr weit.

Gerade Intellektuelle, Künstler wie André Gide und Heinrich Mann, die wir lieben wegen ihrer tapferen Stellungnahme für die Arbeiterklasse, neigen, sobald sie ihre Kritik der bürgerlichen Gesellschaft zum Sozialismus geführt hat, zu kritischer Bewunderung Sowjetrußlands. Sie brauchen den Glaube an die Mafellosigkeit ihres Ideals. Jeder Glaube aber ist kritisch.

Diese Kritiklosigkeit gegenüber Sowjetrußland führt Heinrich Mann zu einer sehr zu kritisierenden Bejahung auch des Moskauer Prozesses.

Er weiß in einem Aufsatz, den er in der „Weltkühne“ veröffentlichte, bloß zu sagen, daß die Erziehung von sechzehn alten Revolutionären die verteilte Meinung der angelsächsischen Welt, daß Moskau schon tief in der Normalisierung wäre, beeinträchtigt. Wenn aber — zum Schaden der Revolution — Versuchswörter auftraten, dann mußten sie, zum Nutzen der Revolution, schnell und gründlich verschwinden. — Eine rassistische saloppe Art, von einer sechszehnfachen Hinrichtung zu sprechen: „schnell und gründlich verschwinden!“ Doppelt punklich eine solche Sprache, wenn sie die eines Mannes ist, der als Sprecher der Humanität gegen den Faschismus bekannt ist! Wenn im Dritten Reich „Verschwörer“, die keine andere „Schuld“ tragen als die anderer als der vorgeschriebenen Befinnung, also genau die gleiche Schuld wie Sinowjew und Kamenev, „schnell und gründlich verschwinden“, nämlich durch die Hinrichtung, dann erhebt sich Heinrich Manns Stimme zum Protest, — und wenn in Sowjetrußland die verbotene Befinnung auf gleiche Art aus der Welt geschafft wird, dann findet er das in Ordnung! Sieht Heinrich Mann nicht, erkennt er nicht, daß der Moskauer Prozeß und die Moskauer Massenhinrichtung der schlimmste, gefährlichste Schlag gegen die moralischen Kräfte des antifaschistischen Kampfes waren?

Aber die Sechzehn haben doch gestanden! Sie haben bereit und ihre Verurteilung begrüßt! Warum sollte ihre Neuzugespelt und unter falschen Voraussetzungen ihnen auferlegt sein? Das ist gewiß eines der großen Rätsel des Moskauer Prozesses und vielleicht genügt die Erklärung nicht ganz, daß man sie, etwa mit dem Hinweis auf das Beispiel des Namsin-Prozesses und mit der Begründung, man brauche ihre Verurteilung,

um Trozki moralisch zu verurteilen, zu Geständnissen bewegen habe. Dann wäre es Aufgabe des Psychologen, an der Enträtselung des dunklen Geheimnisses zu arbeiten. Wo aber ist diesmal die Psychologie des Romanciers Heinrich Mann geblieben? Weiß er nicht, daß in einer Zeit, die uns im Vergleiche mit dem trüben Zwielicht der heutigen gar nicht mehr als so dunkel erscheint, Menschen hingerichtet wurden, weil sie Hegerie eingestanden hatten? Weiß Heinrich Mann nicht aus der neueren Justizgeschichte von Selbstbeschluldigungen, die sich als unwahr erwiesen? Weiß er nicht, daß die Aufgabe moderner Justiz die Erforschung der Wahrheit ist, daß ihr Geständnisse nicht genügen? Weiß er nicht, daß es in Moskau keine Verteidiger gab, keine Zeugen, keine tatsächlich dem Gerichte vorliegenden Dokumente, kein Beweismaterial, daß es nichts gab als die Selbstbeschluldigungen der Angeklagten und daß in diesen Unrichtigkeiten nachzuweisen sind?

Aber: „Kolland hat nicht protestiert, ich kann es auch nicht. Vielleicht haben wir mehr Phantasie, wovon manches abhängt.“ Die Dichterphantasie in Ehren! Aber in diesem Falle scheint Heinrich Mann mehr Glauben als Phantasie zu haben. Denn gerade wenn er seine Phantasie hätte spielen lassen, wäre er nicht an der Oberfläche geblieben, sondern ein wenig tiefer in die Hintergründe des Moskauer Prozesses eingedrungen. Die entscheidende Frage ist doch die, ob es eine gewaltige Mordverschwörung gab, an der außer den Angeklagten auch Trozki und die Gestapo beteiligt waren, und da für eine solche Verschwörung keinerlei Beweis erbracht wurde, bleibt keine andere Möglichkeit als die, daß Stalin aus innerpolitischen und persönlichen Gründen die Befinnung rüchsten ließ, Ideen zu löten versuchte durch das Töten der Träger dieser Ideen. So-

fern es sich um die Ideen Trozki handelt, braucht kaum wiederholt zu werden, daß es nicht jene sind, zu denen wir uns bekennen, und ebenso fern sind uns besondere Sympathien für den einen oder anderen der Angeklagten. Unsere Verurteilung des Moskauer Urteils geht aus von grundsätzlichen-sozialistischer Ethik, die es schauernd ablehnt, daß Menschen nicht einer Tat, sondern einer Meinung wegen hingerichtet werden und die, wenn solche Hinrichtungen im Namen des Sozialismus und damit als Schandtat des Sozialismus erfolgen, das auch schmerzlich als Lähmung der moralischen Kraft des Antifaschismus empfinden.

Im selben Aufsatz spricht Heinrich Mann an anderer Stelle davon, daß „ein Volk auf seine Freiheit vergessen haben kann“. „Die Erinnerung mag ihm ausgegangen sein, was Freiheit eigentlich ist. Das öffentliche Geseh der Menschennurde und eine nicht befohlene, sondern erlebte Ordnung.“ Ist nicht, genau wie in faschistischen Staaten, die die Befinnung löten, auch durch diesen Prozeß und die ihm folgenden Schüsse gegen die sechzehn Verurteilten, ist nicht durch diesen sechszehnfachen Justizmord die Menschenwürde verletzt worden? Ist nicht Verletzung der Menschenwürde durch Sozialisten, im Namen des Sozialismus, etwas viel Schrecklicheres für das Empfinden von Sozialisten als die durch den Faschismus, mit dessen Wesen doch das tägliche Schänden der Menschenwürde untrennbar verbunden ist?

Wie viel richtiger, um wie vieles sozialistischer und damit in Wahrheit revolutionärer als Heinrich Mann hat jene schlesische Textilarbeiterin geurteilt, die vor wenigen Tagen, als über den Moskauer Prozeß gesprochen wurde, erklärte: „Ich kann mir nicht helfen, das schmeckt nach Hitler!“
J. G.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Die Arbeitsvermittlung

Die Regierungsverordnung 217 über die Arbeitsvermittlung, welche am 15. Juli d. J. mit Gültigkeit vom 1. Oktober erlassen wurde, schloß einen Abschnitt des ebenso langwierigen wie schweren Kampfes der sozialistischen Parteien um eine moderne, den heutigen sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechende Regelung auf diesem Sektor des Arbeitsmarktes ab. Wesentlichen Errungenschaften stehen dabei u. a. erfüllt die Forderungen gegenüber, für deren Berechtigung auch die Zukunft Beweise erbringen wird und die eben deshalb nicht aufgegeben werden können. Wir haben bei der Besprechung der Verordnung feinerzeit auf die Mängel — in erster Reihe das Fehlen einer Aufnahmeverpflichtung — ausführlich hingewiesen; anlässlich des Inkrafttretens der Verordnung wollen wir nachstehend die für arbeitssuchende praktisch wichtigen Bestimmungen in Erinnerung rufen.

Nach Paragraph 2 sind alle Personen, die Arbeit suchen, verpflichtet, sich bei jener öffentlichen Arbeitsvermittlungsanstalt zu melden, in deren Sprengel sie ihren dauernden Wohnsitz haben oder in deren Sprengel sie Arbeit suchen. Es ist zulässig, sich bei mehreren dieser Arbeitsvermittlungsanstalten zu melden, doch ist dieser Umstand dann allen diesen Anstalten mitzuteilen. Diese Anmeldepflichtung bezieht sich auch auf Personen, die noch in keinem Arbeitsverhältnis standen und zum erstenmal Arbeit suchen.

Ueber die Form der Anmeldung enthält die Regierungsverordnung keine Vorschriften, so daß jede Art von Meldung zulässig erscheint. Dagegen wird auch nichts über den Termin gesagt, innerhalb dessen die Arbeitsvermittlungsanstalt davon zu verständigen ist, daß die betreffende Person Arbeit sucht. Für diese Frage sollen Richtlinien ausgegeben werden.

Personen, die Arbeitskräfte suchen, haben alle freizubehalten oder neugeschaffenen Stellen jener öffentlichen Arbeitsvermittlungsanstalt zu melden, in deren Sprengel die betreffende Stelle sich befindet. Diese Meldung hat spätestens einen Tag nach Freiwerden des Arbeitsplatzes oder nach Schaffung eines neuen Arbeitsplatzes zu erfolgen.

Als freizubehaltende Stelle gilt eine solche, die der Arbeitgeber mit einer Kraft besetzen will, die zu ihm in keinem Arbeitsverhältnis steht. Wenn also durch das Ausscheiden eines Arbeitnehmers eine Stelle frei wird und seine Hintermann nachrücken, so bezieht sich die Verpflichtung zur Anmeldung nur auf die eintretende Stelle, die vor einer in dem betreffenden Augenblick (in dem Betrieb, Unternehmen, bei der Firma) nicht besetzten Person besetzt werden soll.

Öffentliche Ämter, Anstalten und Unternehmen sind von den oben genannten Vorschriften zwar im Prinzip ausgenommen, doch unterliegen sie

ihnen, sofern das Arbeitsverhältnis mit einer aufzunehmenden Arbeitskraft auf einem privatrechtlichen Arbeits- oder Dienstvertrag beruht.

Der 3. Paragraph der Verordnung bestatigt den bisherigen Zustand, wonach die Vermittlung der öffentlichen Arbeitsvermittlungsanstalten unentgeltlich und allgemein ist und niemandem verweigert werden darf. Weiters werden Grundzüge für die Auswahl der Bewerber aufgestellt:

Die öffentlichen Arbeitsvermittlungsanstalten haben auf die besonderen Erfordernisse des Arbeitsablaufes, die beruflichen und fachlichen Eigenschaften des Arbeitnehmers und seine persönlichen und familiären Verhältnisse Rücksicht zu nehmen. Bei gleicher fachlicher Qualifikation (die also voranzustellen ist), ist der Vorzug zu geben Personen, die aus staatlichen Mitteln unterstützt werden, Ernährern mehrköpfiger Familien und längere Zeit Arbeitslosen, weiters Personen, die aus der zu besetzenden Stelle anlässlich einer Betriebsveränderung entlassen worden waren, Jugendlichen und solchen Personen, bei welchen besonders berücksichtigungswürdige Gründe dafür sprechen.

Diese Bestimmungen stellen Richtlinien dar, an welche sich die Arbeitsvermittlungsanstalten bei der Auswahl der vorzuschlagenden Bewerber zu halten haben. Eine Verpflichtung der Arbeitgeber, sich ebenfalls an diese Reihenfolge zu halten, enthält die Verordnung nicht. Strafen für eine Nichtachtung dieser Grundzüge droht sie nur insofern an, als der Paragraph 4 sagt, daß in Bezirken, die von der Arbeitslosigkeit am stärksten betroffen sind, die öffentlichen Arbeitsvermittlungsanstalten von der Regierung durch Verordnung betraut werden können, freizubehalten und neue Stellen bei solchen Arbeitgebern zu besetzen, die wiederholt sich nicht an die Grundzüge des Paragraphen 3 gehalten haben.

Die weiteren Paragraphen enthalten Bestimmungen für den Schutz der Arbeitnehmer in Fällen von Streiks oder Ausperrungen und über die Vermittlungstätigkeit anderer Institutionen. Während neue private Arbeitsvermittlungsanstalten nicht mehr bewilligt werden (und die bestehenden nach und nach auflösen sollen), dürfen Gewerkschaftsorganisationen die Vermittlungstätigkeit weiter fortsetzen, wenn sie sie am 1. Oktober d. J. ausüben haben und die Bewilligung des Fürsorgeministeriums dazu erhalten, um die binnen eines Monats nach dem 1. Oktober anzuknüpfen ist.

Von besonderer Bedeutung für Arbeitslose ist ferner der Paragraph 9, welcher sagt, daß die öffentliche Arbeitsvermittlungsanstalt solchen Arbeitslosen, welchen eine Arbeit außerhalb ihres Wohnortes zugewiesen wurde, das Recht auf unentgeltliche Eisenbahnfahrt zum Arbeitsantritt zuerkennen werden kann, wenn es sich um eine Entfernung von mehr als 6 Kilometer handelt. Bei Lebensbedürfnissen der Familie kann ihnen eine fünfzigprozentige Ermäßigung für den Transport ihrer Mobilität bewilligt werden. Richtlinien darüber werden vom Fürsorgeministerium ausgeben.

Franc-Abwertung einen Goldgewinn von mehr als 160 Millionen Pfund zu verzeichnen hat, der dem Staatschatz überwiesen wurde), würdigt die großen Aufschwungsmöglichkeiten, die sich aus der Neuordnung der Währungen ergeben können, kommt aber zu dem Schluss, daß zur Beseitigung der bestehenden weltwirtschaftlichen Hindernisse noch mehr geschehen müsse. „Für die französische Regierung und das französische Volk“, so schreibt der „Daily Herald“, „kann die Franc-Abwertung nur wohltätige Wirkungen haben. Aber für die übrige Welt bringt sie nicht so sehr einen großen Nutzen als vielmehr eine große Gelegenheit. Wenn die Gelegenheit ergriffen wird, dann ist alles gut. Aber wenn man sie vorübergehen läßt, dann besteht kein Grund zu glauben, daß die Welt als Ganzes sich von ihrer ökonomischen Krise erholen wird. Es ist nötig, diese Warnung auszusprechen. Denn die Londoner City scheint einem bequemen Optimismus zu erliegen und zu glauben, daß die Weltprospektivität schon Mitte nächster Woche von selbst kommen werde. Die Bedeutung der Franc-Abwertung für die Welt beruht darin, daß sie den Weg für ein internationales Währungsabkommen freimacht, das die Basis einer Wirtschaftsebebung werden kann (aber nicht automatisch werden muß). Das Währungschaos war ein großes Hindernis für alle Bemühungen, den Weltmarkt von Schulden, Kontingenten und anderen Hemmnissen zu befreien. Aber das war durchaus nicht das einzige Hindernis. Es ist möglich, daß die politischen und militärischen Faktoren, der wilde Patriotismus und die geistigen Irrungen, die den wirtschaftlichen Nationalismus geschaffen und erhalten haben, ihr unheilvolles Spiel weitertreiben. Es ist, kurz gesagt, notwendig, daß die großen Handelsnationen, besonders Britannien, als die größte von allen, die Initiative ergreifen. Die britische Regierung sollte ankündigen, daß sie die Politik der britischen Präferenzen auf den von England abhängigen Kolonialmärkten aufgeben und sich einer Politik der wirtschaftlichen Gleichberechtigung aller Nationen zuwenden möchte“.

Wien. Die „Neue Freie Presse“ bringt aus Prager offiziellen Kreisen eine Information, in der es u. a. heißt:

Es wurde und gesagt, daß es in der Tschechoslowakei, wie überall, theoretische Verechter der Devaluation gibt, die ebenso wie anderwärts ihre Gegner in den Anti-Devaluationisten haben. Was aber die Regierungskreise betrifft, könne man als sicher annehmen, daß weder die Regierung als Ganzes, noch auch irgendein Mitglied der Regierung sich von irgendwelchen Doktrinen leiten lasse. Die Regierung wird, wie versichert wird, ihre Beschüsse ausschließlich unter dem Gesichtspunkte der Zweckmäßigkeit und der Bedürfnisse der Gesamtwirtschaft fassen. Innerhalb der Regierung herrschen keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten. Die heutige Situation der Tschechoslowakei sei derart, daß vom Standpunkte der inneren Wirtschaft und des Innenmarktes keine Gründe für irgendwelche währungstechnischen Maßnahmen vorliegen. Die verantwortlichen Faktoren verfolgen die Entwicklung der Währungspolitik im Auslande mit Aufmerksamkeit, aber sie verfolgen dabei nicht so sehr die Devaluationsoperationen als solche, die hier mehr als Instrument und nicht als Hauptziel gewertet werden, als vielmehr die wirtschaftlichen Ziele, die durch die französischen und die anderen Währungsmassnahmen erst werden sollen. Die hierige Aufmerksamkeit konzentriert sich auf die Vorbereitungen des neuen handelspolitischen Systems, in dem Sinne, wie es seitens der französischen Regierung angewendet wurde. Das heißt: Auf die Frage, ob die Politik der Kontingente und Devisenbeschränkungen aufgehoben werden wird, oder kurz gesagt, auf die Frage der Rückkehr zur Freiheit im internationalen Geschäft. Wie es scheint, ist es gerade die Mühsüßigkeit auf diese Fragen, die die Entscheidungen Prags beeinflussen wird.

Es verlautet, daß der tschechoslowakische Ministerpräsident Dr. H o d z a mit den Regierungskreisen der Kleinen Entente in Fühlungnahme treten wird, um einen Meinungsaustausch über die Frage anzugehen, ob in Hinsicht auf die Bemühungen um ein neues handelspolitisches System soviel Verührungspunkte als vorhanden angesehen werden, daß ein gemeinsames Vorgehen als begründet erscheine. Diese Frage könne hauptsächlich in dem Falle aktuell werden, wenn man in Basel konkrete Anträge in dem Sinne der Neuerungen des französischen Ministerpräsidenten vorlegen wird. Werden die Verührungspunkte zwischen den Staaten der Kleinen Entente gefunden, so wird man auch die Verührungspunkte mit den anderen Donauländern suchen.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Der menschliche Organismus ist zur Herbstzeit empfänglicher für Erkrankungen, als sonst. Schnupfen, Katarrhe, Influenza sind an der Tagesordnung. Wachen Sie ihnen vor, und läuten Sie Ihren Körper durch tägliche Massagen mit dem Alpen-Transbranntwein. Er wirkt wohltuend auf den Blutkreislauf, stärkt den Organismus und macht die Haut gegen Erkältungen widerstandsfähiger.

Kein Tag ohne Kaffee!

Geld, das Sie für Kaffee ausgeben, ist gut angelegt!

Es geht doch nichts über eine Schale guten Kaffees. Milchkaffee und ein Butterbrot dazu ist eine Mahlzeit, nach der Sie sich angenehm satt und wohl fühlen. Er regt Sie an, macht Sie frisch und lebensfroh und fördert Ihre Gesundheit.

Julius Meinl
Kaffee-Spezialgeschäft



Ausland

Was Japan will:

London. Der Neuter-Berichterstatter in Tokio erfährt, daß Japan folgende Bedingungen für die verfochtliche Beilegung der Konflikte mit China stellt:

1. Das Recht, an zahlreichen Stellen im Tal des Gelben Flusses zum Schutze der japanischen Anlieger japanische Militärausbildungen zu dislozieren;
2. Das Recht, chinesische Lehrbücher herauszugeben, um so den japanfeindlichen Unterricht in den chinesischen Schulen zu verhindern;
3. Autonomie für die fünf nördlichen chinesischen Nordprovinzen;
4. Chinesisch-japanische wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Der Neuter-Berichterstatter erfährt dazu aus japanischen Kreisen, daß diese japanischen Forderungen nicht als Ultimatum mit einer genau festgesetzten Frist für die Antwort gestellt worden sind. Die Regierung Großbritanniens steht mit ihren Gesandten in Tokio und in Peking in ständiger Verbindung, um sich über den Verlauf der chinesisch-japanischen Verhandlungen genau informieren zu lassen.

Arbeitspflicht in Polen. Die Einführung einer sogenannten „Erfahrungspflicht“, das heißt einer Art Arbeitsdienst, steht in Polen bevor. Eine entsprechende Verordnung des Staatspräsidenten ist in Vorbereitung. Die Erfahrungspflicht umfaßt alle Personen, die mit oder ohne Waffe militärdiensttauglich sind, mit Ausnahme derjenigen, die mehr als fünf Monate in der Truppe aktiv gedient haben. Weisheit sind Kranke und Arbeitsunfähige, ferner Dienstpflichtige, die im Auslande weilen, und endlich solche Dienstpflichtigen, deren Einberufung eine erhebliche Schädigung eines öffentlichen oder eines wichtigen privaten Interesses bedeuten würde.

Die Stellung Darres erfüllt? (AP). Nicht zufällig ist Darre auf dem Münchener Parteitag überhaupt nicht in Erwähnung getreten. Die Rede über die Lage der deutschen Landwirtschaft wurde von einem Dr. Reichle gehalten, der den Namen Darre gar nicht erwähnte. Man erklärt in unterrichteten Kreisen, daß Darre das Opfer der für den Winter erwarteten Ernährungsnotlage werden dürfte. Darre wehrte sich zusammen mit Goebbels gegen die Einführung der Lebensmittelkarten, die sich aber jetzt als nahezu unvermeidlich erweist, da sich zu dem Mangel an Fleisch, Fett und Eiern neuerdings auch ein solcher an Gemüse, Obst und Kartoffeln gesellt. Zur Finanzierung der zusätzlichen Einfuhr würden riesige Devisenmengen nötig sein. Schacht verlangt nun, daß aus diesem Zusammenbruch der Politik Darres auch die Konsequenzen gezogen werden. Die endgültige Entscheidung über diese Fragen dürfte nach dem Reichserntedankfest auf dem Wälderberg fallen.

Ein Priester für die gerechte Sache! Im Madrider Rundfunk sprach der katholische Priester Teobaldo Lobo zu den spanischen Katholiken. Er erklärte, die Aufständischen hätten nicht das Recht auf ihrer Seite, und ihre Auffassungen seien den katholischen so entgegengesetzt wie Christentum und Islam, Religion und Gewalt. Der Faschismus sei antichristlich, weil er die Auffassung des totalen Staates vertritt, weil er für die Gewalt eintrete und die menschliche Persönlichkeit, die von der katholischen Kirche aufs entschiedenste bejaht werde, negiere.

Rom. Der Ministerrat ist auf Montag einberufen worden, um, wie verlautet, die währungsrechtliche Lage nach der Abwertung des französischen Franc zu prüfen.

Zentralbank-Moratorium ohne Fristangabe verlängert

Prag. Mit Erlaß des Finanzministeriums vom 29. September 1936, Nr. 114.850/36-111/3 wird das Moratorium bei der Zentralbank bis zu jenem Tage, an welchem die gesetzliche Verfügung über die endgültige Regelung der Verhältnisse dieser Bank in Kraft tritt, verlängert.

Staatsangestelltengelder ab Dezember ab Monatsersten?

Nach den „L. N.“ bereitet das Finanzministerium die Rückkehr zur Auszahlung der Staatsangestelltengelder am Ersten eines jeden Monats vor und beabsichtigt, bereits im Dezember oder zu Jahresbeginn an die Forderung des jetzigen Standes zu schreiben. Nach der gleichen Meldung ist es jedoch noch nicht sicher, ob die Wiedereinführung der Auszahlung der Gehälter am Monatsersten auf einmal oder in Etappen vorgenommen werden wird.

Tschechoslowakische Wirtschaftsnachrichten

Landwirtschaftliche Arbeiter, Achtung! Das Landeszentralarbeitsamt in Prag teilt mit: Für die Verrechnung des Vertragsgetreides der landwirtschaftlichen Arbeiter in Böhmen gelten im Oktober 1936 folgende Marktpreise (für 100 Kilogramm): Weizen 105, Korn 126, Gerste 128 Kronen.

Internationale Zentrale von Krankenversicherungen. Nach Schluß der Generalversammlung trat der breitere Ausschuss der internationalen Zentralstelle zusammen und wählte zum Vorsitzenden für die weitere Periode den Genossen Ben. Némecel. Ben. Némecel ist Vorsitzender des tschechoslowakischen Gewerkschaftsbundes und Obmann des Zentralverbandes der Krankenversicherungsanstalten.

Unser Kohlenexport nach Jugoslawien. Die jugoslawische Kohleneinfuhr ist im Vorjahr bedeutend gestiegen, und zwar um ein Viertel gegenüber 1934 und fast um die Hälfte gegenüber 1933. An der Spitze der Lieferanten steht Deutschland mit 140.000 Tonnen, während die Tschechoslowakei hinter Polen und England erst an vierter Stelle steht.

Für Vereinfachung des Veredelungsverfahrens

Die Handelskammern richteten an das Handelsministerium das Ersuchen um Vereinfachung des Veredelungsverfahrens durch beschleunigte Erledigung der erforderlichen Bewilligungen. Nach dem Vorschlag der Prager Kammer sollen jene Veredelungsverfahren, bei denen der Zoll 1000 Kč nicht übersteigt, zu einer besonderen Gruppe zusammengefaßt werden und über das Vormerkverfahren, sollen die Bezirksollverwaltungen entscheiden, so daß die Anrufung der Ministerien für Handel und Finanzen entfällt.

Gut und schlecht beschäftigte Textilbetriebe. Die seit Ende Juni 1935 stillstehende Textilfabrik der Firma Mandl in Kleinboronow bei Arnau wurde am 1. Oktober wieder in Gang gebracht. — Bei der Firma V. Schroll's Sohn in Braunau-Deiberg ist in der Weberei infolge des starken Auftragsbestandes die Arbeit von zwei auf drei Schichten erhöht worden. — Die Gabelsdorfer Spinnerei und Wundfadenfabrik C. Sonta und Sohn, die bis vor kurzem 43 Arbeiter beschäftigte, hat wegen fälliger Steuererhöhungen ein Vnsuchen um Bewilligung von Betriebsstilllegung eingebracht.

Eine große Gelegenheit

Englische Stimmen zur Franc-Abwertung
Die Londoner Blätter widmen der Abwertung des französischen Franc eingehende Betrachtungen, in denen übereinstimmend die Verfriedlung der englischen Wirtschaft über das Vorgehen der Regierung Blum zum Ausdruck kommt. Man betrachtet in London die Franc-Abwertung nicht nur als eine Annäherung der französischen an die englische Währungspolitik, sondern als einen bedeutsamen Schritt auf dem Wege zu einer umfassenden wirtschaftlichen Neuordnung, an der sich alle großen Wirtschaftsnationen beteiligen können. Allerdings warnt man vor übertriebenem und vorzeitigem Optimismus. Der „Daily Telegraph“ weist darauf hin, daß die französische Regierung erst ihr Budget in Ordnung bringen müssen, ehe der Weg zur Aufhebung der Kontingente und anderer Wirtschaftssanktionen freierwerden kann. Was die Beteiligung Deutschlands betrifft, an der Neuordnung der Währungen teilzunehmen, so gibt das genannte Blatt der Ueberzeugung Ausdruck, daß Deutschland auf die Dauer dem Vorgehen der anderen großen Wirtschaftsmächte keinen Widerstand leisten können.

Der „Daily Herald“ (der übrigens berichtet, daß die Bank von England als Folge der

